

Saarbrücken, den 29.04.2021

PRESSEMITTEILUNG

Saarländischer Städte- und Gemeindetag fordert umfassende Solidarität und Unterstützung für alle von mit Gewalt bedrohten Kommunalpolitiker*innen

Anlässlich der Freischaltung des Portals „Stark im Amt“ fordern die saarländischen Städte und Gemeinden eine umfassende Solidarität und Unterstützung für alle von mit Gewalt bedrohten Kommunalpolitiker*innen. Nach Aussage des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, sowie des stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen, haben die Bedrohungen und Beleidigungen auch im Saarland in den letzten Jahren zugenommen und mittlerweile ein unerträgliches Ausmaß erreicht. „Unsere Gesellschaft darf die durch nichts zu rechtfertigen Exzesse und Angriffe gegen gewählte Repräsentanten nicht dulden. Dies sind direkte Angriffe auf das demokratische Gemeinwesen“, so Schmidt und Aumann.

Schmidt und Aumann stellen ferner die besondere Rolle der ehrenamtlich tätigen Stadt-, Gemeinde- und Ortsratsmitglieder heraus, ohne die die lokale Demokratie vor Ort nicht funktionieren kann. „Die Ratsmitglieder, die sich ehrenamtlich mit einem hohen Zeitaufwand für ihre Stadt, für ihre Gemeinde oder für ihren Ort aufreiben, haben den Respekt und den Schutz aller verdient. Auch sie werden immer öfter massiv bedroht. Wenn sich in der Folge immer weniger Personen für ein Amt bewerben, weil sie um ihre körperliche Unversehrtheit, ihren Ruf oder ihre Familie fürchten müssen, wird die Demokratie vor Ort sterben“, so Schmidt und Aumann.

Schmidt und Aumann begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Körber-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, dem Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund mit dem Portal „Stark im Amt“ ein Netzwerk mit Informationen und Hilfestellungen für bedrohte Kommunalpolitiker*innen gegründet hat. Im Rahmen der Freischaltung des Portals hat der Schirmherr, Bundespräsident Steinmeier, angesichts der zunehmenden Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen zur zivilgesellschaftlichen Gegenwehr aufgerufen. Diesem Appell schließt sich der Saarländische Städte- und Gemeindetag nach Aussagen von Bürgermeister Schmidt und Oberbürgermeister Aumann mit allem Nachdruck an.